

Für eine Infrastruktur- politik mit sportlichen Zielen

Wer Infrastrukturen baut, braucht einen langen Atem. Es gelten lange Zeithorizonte. Weitsicht braucht es darum auch in der Infrastrukturpolitik. Aber nicht nur Weitsicht und Visionäres, sondern immer auch Lösungen mit Bodenhaftung. Lösungen, die Mehrheiten finden, die realisierbar und finanzierbar sind.



Urs Hany
Präsident Infra Suisse

Bis eine Autobahn, eine Umfahrungsstrasse oder ein Bahntunnel eingeweiht werden kann, dauert es Jahre und Jahrzehnte. Lange dauert die Projektierung, lange die Planung und langwierig sind auch die demokratischen und juristischen Verfahren. Die eigentliche Realisierungsphase, die effektive Bauzeit, beansprucht oft am wenigsten Zeit. Rom wurde schliesslich auch nicht an einem Tag gebaut. Bei Infrastrukturprojekten wäre eine etwas sportlichere Zielsetzung wünschenswert und durchaus möglich.

Gesamtheitliche Verkehrsentwicklung

Vielfach hapert es an der Politik, die sich nicht zu einer einheitlichen Strategie durchringen kann. Nach wie vor sind Grabenkämpfe zwischen dem Strassen- und dem Schienenlager politische Realität. Eine konsequent gesamtheitliche Entwicklung der beiden Verkehrsträger fehlt. Linke und Grüne wollen noch immer nicht einsehen, dass das stetig wachsende Bedürfnis nach Mobilität sich nicht nur mit der Bahn oder dem Tram bewältigen lässt.

Die Bahn geniesst beim Schweizervolk eine hohe Anerkennung. Es ist denn auch bereit, auf das zunehmende Verkehrsaufkommen mit einem Ausbau der Bahninfrastruktur zu reagieren. Doch die Schiene alleine reicht nicht, die zunehmende Zahl an Personen und Gütern zu transportieren. Wir brauchen die Strasse genauso wie die Schiene. Das positive Abstimmungsergebnis über den Bau der zweiten Röhre am Gotthard, für viele eine emotionale Vorlage mit Symbolcharakter, stimmt zuversichtlich. Es scheint, dass sich wieder mehr Menschen der Bedeutung einer verlässlichen und leistungsfähigen Strasseninfrastruktur bewusst sind.

Ja zum NAF

Ob diese Annahme richtig ist, wird sich am 12. Februar zeigen. Dann stimmt die Schweiz über die Zukunft der Strasse ab, über die zukünftige Finanzierung, über den NAF, den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds. Die Infrastrukturbauer unterstützen den NAF, denn sie wissen um die Wichtigkeit einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Sie sind als Bauunternehmen von der Vorlage aber auch ganz direkt betroffen. Für ein Ja zum NAF sprechen für Infra Suisse die drei folgenden Punkte:

1. Der NAF sorgt für eine sichere Finanzierung. Wie für die Bahn wird auch für die Strasse ein Fonds geschaffen. Mit mehr Einnahmen aus der Benzinsteuern und von den Elektromobilen stehen der Strasse dringend nötige Zusatzmittel zur Verfügung.
2. Der NAF sorgt für Flexibilität und Planungssicherheit. Langfristige Programme und die Durchlässigkeit der verschiedenen Geldgefässe verhindern kurzfristige Baustopps.
3. Die NAF-Vorlage enthält klare Ausbauprogramme. Zudem werden 400 Kilometer Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz aufgenommen.

Ausbau und Unterhalt

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen darf deren Unterhalt und Erneuerung nicht vergessen werden. Der im vergangenen Dezember in Betrieb genommene Gotthard-Basistunnel zum Beispiel wird pro Jahr rund 100 Millio-

nen für Betrieb und Unterhalt verschlingen. Mit dem Verkehr haben auch die Ausbauwünsche für Strassen und Schienen zugenommen. Ausbau und Verkehrszunahme haben einen höheren Unterhalts- und Erneuerungsbedarf bei den Infrastrukturen zur Folge. Betreibt man keinen oder zu wenig Unterhalt, leidet die Zuverlässigkeit und die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur. Lange Zeit wurde diesem Umstand zu wenig Rechnung getragen. Heute versucht man, dieses Versäumnis nachzuholen und für die Unterhaltsarbeiten die entsprechende Finanzierung zu finden. Infrastrukturausbau ja, aber auch die Folgekosten müssen finanziert sein. Nur so sind die Betriebssicherheit und der Werterhalt der Infrastrukturen gewährleistet.

Energiepolitik mit Bedacht

Das Abstimmungsergebnis vom letzten November über die Atomausstiegsinitiative, die einen schnellen Ausstieg aus der atomaren Stromproduktion verlangte, war erfreulich. Das Stimmvolk hat pragmatisch entschieden. Es wollte kein vorschnelles Abschalten der Kernkraftwerke. Damit wäre unsere Stromversorgung zu stark vom umliegenden Ausland abhängig geworden, wo der Strom vor allem in Kern- und Kohlekraftwerken produziert wird.

Das Abstimmungsergebnis von gut 53 Prozent zu knapp 47 Prozent zeigt, dass der Ausstieg aus der Stromproduktion mit Kernkraft durchaus gewünscht ist. Er soll aber nicht überhastet, sondern, wie es die Energiestrategie 2050 des Bundesrates vorsieht, schrittweise stattfinden. In

Deutschland, wo man die Kernkraftwerke bis 2022 abschalten will, werden jetzt Kohlekraftwerke gebaut. Das wollen wir in der Schweiz nicht. Wir setzen auf einen Weg, der es ermöglicht, den grössten Teil unseres Bedarfs über erneuerbare Energien zu decken.

Neue Energie- Infrastrukturen

Das Schweizer Energiesystem wird umgebaut. Der Umbau ist die Konsequenz eines veränderten internationalen Marktumfeldes und neuer Technologien. Das erste Paket zur Energiestrategie 2050 umfasst Massnahmen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und die Produktion von erneuerbaren Energien auszubauen. Dazu gehören zum Beispiel eine verstärkte, marktnahe finanzielle Förderung der Stromproduktion aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sowie Fördergelder für energetische Gebäudesanierungen. Bei dem Bewilligungsverfahren für grosse Wasser- und Windkraftanlagen soll das nationale Interesse gleich stark gewichtet werden wie heute schon beim Natur- und Heimatschutz.

Nebst der Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen benötigen wir aber auch eine Erneuerung und Anpassung unseres Stromtransportnetzes. Als Bindeglied zwischen Produktion und Verbrauch sind die Stromnetze für die Stromversorgung von zentraler Bedeutung. Das heutige Netz genügt den technischen Anforderungen nicht. Mit einer separaten Gesetzesvorlage innerhalb der Energiestrategie 2050 wird der Aus- und Umbau der Strom-

netze beschleunigt. Bis heute kommt der Um- und Neubau der Netze nicht gerade sportlich voran. Schuld sind auch hier oft langwierige rechtliche Verfahren. Die Energiestrategie 2050 wird eine Beschleunigung dieser Verfahren bringen. So wird insbesondere der Zugang ans Bundesgericht beschränkt. Damit können rechtskräftige Entscheide früher vorliegen.

Für ein neues und anderes Stromnetz ist in den nächsten drei Jahrzehnten ein milliardenschweres Infrastrukturprogramm nötig. Drei Jahrzehnte sind gemessen an der Investitionshöhe ein sportliches Ziel, für die Infrastrukturbauer jedoch durchaus realisierbar. Deshalb unterstützen die Infrastrukturbauer die Energiestrategie 2050.